



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

p.o. 411.619.0 - VD/CHC
o.256.0

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
Prière de rappeler cette référence dans la réponse
Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

Bern, 11. Juni 1987

An die schweizerischen
diplomatischen Vertretungen

Erklärung des Bundesrates zum zehnten Jahrestag
der Verabschiedung der Zusatzprotokolle
I und II zu den Genfer Abkommen von 1949

1. Allgemeines, Intervention in Ihrem Gastland

Wie Sie wissen, hat am 8. Juni 1977 die von unserem Land einberufene Diplomatische Konferenz über die Neubestätigung und Weiterentwicklung des in bewaffneten Konflikten anwendbaren Völkerrechts nach vier Sessionen während der Jahre 1974 - 1977 in Genf zwei Zusatzprotokolle zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 verabschiedet. Es handelt sich um das Protokoll I über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte und um das Protokoll II über den Schutz der Opfer nicht internationaler bewaffneter Konflikte.

Der Bundesrat hat aus Anlass des zehnten Jahrestages dieses Ereignisses am 1. Juni 1987 die beiliegende Erklärung verabschiedet (deutsche und französische Originalversion, englische und spanische Uebersetzung) und unser Departement beauftragt, sie den Regierungen sämtlicher Staaten zu übermitteln, mit denen die Schweiz diplomatische Beziehungen unterhält.

Wir bitten Sie deshalb, die Erklärung des Bundesrates in der Ihnen geeignet scheinenden Weise bei den Behörden Ihres Gastlandes oder Ihrer Gastländer zu hinterlegen. Dabei sind folgende Fälle denkbar:



- 2 -

- a. Das Gastland ist bereits Vertragspartei beider Zusatzprotokolle (die Liste der Ratifikationen und Beitritte finden Sie ebenfalls beiliegend) und ihre Respektierung wirft keine Probleme auf: eine blosser Uebermittlung der Erklärung des Bundesrates per Note ist denkbar.
- b. Ist der Beitritt oder die Ratifikation vollzogen, könnte aber die Anwendung und Respektierung der beiden Instrumente durch Ihr Gastland problematisch erscheinen, so wäre eine persönliche Vorsprache des schweizerischen Botschafters oder Vertreters in Erwägung zu ziehen.
- c. Sollte sich Ihr Gastland aufgrund eines politischen Entscheids lediglich für den Beitritt zu einem der beiden Instrumente entschlossen haben, so scheint eine persönliche Intervention nur dort sinnvoll, wo Aussichten dafür bestehen, dass dieser Entscheid in Wiedererwägung gezogen werden könnte.
- d. In denjenigen Fällen - es handelt sich um eine Mehrheit aller Staaten - , wo noch kein Entscheid gefallen ist, scheint uns eine persönliche Intervention des Botschafters oder Vertreters der Schweiz nur dann sinnvoll zu sein, wenn der Beitrittsprozess Ihrer Auffassung nach dadurch beschleunigt, überhaupt erst in Gang oder zum Abschluss gebracht werden könnte.

Zusammenfassend möchten wir es angesichts der sehr unterschiedlichen Lage in den einzelnen Staaten Ihrem Ermessen überlassen, in welcher Weise Sie die Erklärung des Bundesrates der Regierung Ihres Gastlandes übermitteln und ob Sie diesen Anlass für eine persönliche Intervention zugunsten der Zusatzprotokolle benützen wollen. Auf jeden Fall stehen wir Ihnen für zusätzliche Informationen zur Verfügung, seien diese allgemeiner Natur oder speziell Ihr Gastland betreffend. Unter Umständen könnte auch ein Kontakt

mit einer IKRK-Delegation in dieser Sache von grossem Nutzen sein, da diese ebenfalls den Auftrag haben, sich in ihren Gastländern zugunsten der Protokolle einzusetzen.

Schliesslich möchten wir betonen, dass Sie bei Ihren Schritten von dem in der Erklärung des Bundesrates bekräftigten Ziel unseres Landes in dieser Sache ausgehen können, nämlich dass die beiden Zusatzprotokolle dieselbe universelle Geltung erlangen wie die Genfer Abkommen.

2. Substanz der beiden Zusatzprotokolle

Zur Erleichterung Ihrer allfälligen Intervention möchten wir kurz die schweizerische Haltung zur Substanz der beiden Zusatzprotokolle zusammenfassen, die 1981 zum Beschluss der eidgenössischen Räte geführt hat, diese Instrumente zu ratifizieren. Die Ratifikation ist durch unser Land am 17. Februar 1982 vollzogen worden. (Der folgende Text ist in aktualisierter Form der Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Zusatzprotokolle zu den Genfer Abkommen vom 18. Februar 1981 entnommen - BB1 1981 I 953.)

Das in bewaffneten Konflikten anwendbare humanitäre Völkerrecht ist vor allem in den vier Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutze der Kriegsoffer enthalten. Wenn auch die Ereignisse der letzten Jahrzehnte bewiesen haben, wie wertvoll dieses Recht nach wie vor ist, so haben sie doch gleichzeitig auch gezeigt, dass es ergänzungsbedürftig ist.

Seit dem Zweiten Weltkrieg ist bei der Beschreibung der Ereignisse weniger von Krieg und Frieden als von Vorhandensein oder Nichtvorhandensein bewaffneter Konflikte die Rede, die in herkömmlichen Kategorien oft kaum mehr zu erfassen sind. Neue Kampfmittel stehen im Einsatz, und der Guerillakrieg als Kampfmethodik ist zu einem weltweiten Phänomen geworden. Zudem ist das eigentliche Recht der Kriegsführung seit den Haager Abkommen aus dem Jahre 1907 kaum mehr ergänzt worden.

So entschloss sich der Bundesrat als Depositär der Genfer Abkommen Ende der sechziger Jahre, eine Diplomatische Konferenz zur Neubestätigung und Weiterentwicklung des in bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Völkerrechts einzuberufen. Aufgrund der Ergebnisse zweier Regierungsexpertenkonferenzen von 1971 und 1972 hatte das Internationale Komitee vom Roten Kreuz die Entwürfe zu zwei Zusatzprotokollen ausgearbeitet, die der Diplomatischen Konferenz als Verhandlungsgrundlage dienen sollten. Nach vier, von 1974 bis 1977 in Genf abgehaltenen Sessionen verabschiedete die Konferenz, die auch in den Vereinten Nationen grosses Interesse gefunden hatte und von ihnen unterstützt wurde, ein Zusatzprotokoll über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll I) und ein anderes über den Schutz der Opfer nicht internationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll II). Die entsprechende Schlussakte vom 10. Juni 1977 wurde von 102 Staaten unterzeichnet.

Beide Zusatzprotokolle stellen im Ergebnis Fortschritte gegenüber dem bestehenden Recht dar. Den Opfern bewaffneter Konflikte ist ein insgesamt besserer Schutz zugestanden worden. Die Protokolle ergänzen die Genfer Abkommen und stellen moderne Regeln für die Kriegsführung auf. Ueberdies tragen sie in vermehrter Masse den neuen Arten bewaffneter Konflikte Rechnung. Das neu kodifizierte Kriegsvölkerrecht ist Ausdruck der Universalität geblieben und stützt sich gleichzeitig auf das Genfer Recht, das Haager Recht und die Menschenrechte ab. Diese globale Lösung ist eine adäquate Antwort auf die ständig wachsende Drohung eines totalen Krieges. So gibt die neue Ordnung die Grundlage für einen weitergehenden Schutz der gefährdeten Personen und für eine weitere Einschränkung der Gewalt ab.

Universelles Recht enthält zwangsläufig Bestimmungen, die nicht für alle Staaten gleichermassen befriedigend sind. Ein wirksamer Schutz kann aber nur auf einer allgemeinen Basis verwirklicht werden. Immerhin haben einige Staaten von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, gegenüber einzelnen Bestimmungen der Zusatzprotokolle Vorbehalte anzubringen, so auch die Schweiz aus der Sorge um die Aufrechterhaltung einer wirksamen Landesverteidigung heraus gegenüber zwei Artikeln des Protokolls I.

3. Stand des Beitritts- und Ratifikationsverfahrens

Bis anhin sind 67 Beitritte oder Ratifikationen zum Protokoll I erfolgt, 61 zum Protokoll II, während die Genfer Abkommen von 1949 selber mit 165 Beitritten oder Ratifikationen praktisch für die Gesamtheit der Staaten Geltung erlangt haben. Die Feststellung ist unvermeidlich, dass viele Staaten gegenüber den Zusatzprotokollen eine weit vorsichtigeren Haltung einnehmen, als dies seinerzeit ge-

genüber den Genfer Abkommen selber der Fall gewesen ist. Sehr vereinfachend könnte man festhalten, dass bei gewissen Staaten der Dritten Welt starke Vorbehalte gegenüber dem Protokoll II den Beitritt zu diesem Instrument verhindert haben, während für einige Industrieländer aus unterschiedlichen Gründen vor allem das Protokoll I problematisch ist.

Die Bedenken einzelner Entwicklungsländer gegenüber dem Protokoll II, die im Fall von Angola, Kuba, Mexiko, Moçambique, Syrien, Vietnam, Zypern und Zaire zu einer negativen Entscheidung über den Beitritt zu diesem Instrument geführt haben, erklären sich vor allem aus der Befürchtung dieser Staaten, dass ein Beitritt zum Protokoll II bewaffneten Rebellionsbewegungen eine gewisse Legitimität verleihen könnte. Diese Befürchtungen entsprechen nicht der rein humanitären Substanz dieses Instruments, das im Fall von bewaffneten internen Auseinandersetzungen ja auch den Schutz der Opfer auf Regierungsseite entscheidend verbessern würde.

Der Position der Vereinigten Staaten kommt im Hinblick auf die Entscheidung sowohl der NATO-Partner wie auch der Länder des Warschauer Pakts grosse Bedeutung zu. Bekanntlich hat Präsident Reagan den Senat am 29. Januar 1987 um Genehmigung seiner Absicht ersucht, nur das Protokoll II zu ratifizieren. Zusammen mit der 1984 erfolgten Absage Frankreichs an das Protokoll I ist damit das Ziel der universalen Geltung für beide Instrumente gefährdet. Die amerikanischen Einwände gegenüber dem Protokoll I betreffen vor allem Bestimmungen über den nationalen Befreiungskrieg und über die Guerillakriegführung, die seinerzeit an der Diplomatischen Konferenz von der amerikanischen Delegation unterstützt worden waren, nun aber in nach unserer Auffassung nicht gerechtfertigter Weise als terrorismusfreundlich ausgelegt werden. In zweiter Linie bestehen auf Seiten der USA auch militärische Bedenken gegenüber gewissen Bestimmungen des Protokolls I, die sich aber durch Vorbehalte und Interpretationserklärungen ausräumen liessen.

Aus der Sicht einzelner NATO-Staaten stellt das Protokoll I, dem bisher aus dem Kreis der Allianz Belgien, Dänemark, Italien, Island und Norwegen beigetreten sind, in erster Linie aus Gründen der Einheitlichkeit militärischen Rechts innerhalb der NATO ("interoperability") und im Bereich der Nuklearwaffen Probleme. Grossbritannien würde nach unserem Wissensstand im Fall einer Ratifikation deutlich zu verstehen geben, dass es sich auf jeden Fall gegen eine Interpretation des Protokolls I wenden würde, die den Gebrauch dieser Waffen verbietet oder über die bereits vor 1977 geltenden diesbezüglichen Regeln hinausgeht. Die BRD macht ihre Zustimmung von der vorherigen Ratifikation durch eine Nuklearmacht aus dem Kreis der NATO abhängig, d.h. konkret durch Grossbritannien. Trotz starker amerikanischer Pressionen ist aber festzuhalten, dass die NATO-Partner Grossbritannien, die Bundesrepublik Deutschland und Kanada ihre Vorbereitungsarbeiten im Hinblick auf eine mögliche Ratifikation der Protokolle weiterführen.

Die Haltung der Warschaupaktstaaten besteht prinzipiell darin, die Bereitschaft zu erklären, den Zusatzprotokollen beizutreten, sobald die anderen ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates diesen Schritt tun werden (dies trifft bis anhin nur für die Volksrepublik China für beide Protokolle zu). Die Moskaureise des früheren IKRK-Präsidenten Hay und dessen Gespräche mit Aussenminister Schewarnadse im Frühling 1987 haben ergeben, dass die sowjetische Führung gegenwärtig daran ist, eine Modifikation ihrer Haltung und damit die Möglichkeit einer einseitigen Ratifikation in Erwägung zu ziehen. Ein solcher Schritt braucht zweifellos Zeit, würde aber unmittelbare Konsequenzen in bezug auf die Haltung der anderen Warschaupaktstaaten haben, die zum Teil eingestandenermassen nur auf die Ratifikation der Protokolle durch die Sowjetunion warten, um selbst einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

Gesamthaft gesehen kann gesagt werden, dass aus schweizerischer Sicht keine massgebenden Hindernisse gegen den Beitritt zu den beiden Zusatzprotokollen von 1977 sprechen, diese vielmehr eine

- 7 -

wichtige Ergänzung und Aktualisierung des humanitären Völkerrechts sind. Wie oben ausgeführt, hat die Schweiz Substanz und Konsequenzen der beiden Vertragswerke eingehend geprüft, bevor sie 1982 selber die Ratifikation vollzogen hat. Ohne Zweifel handelt es sich in gewissen Staaten beim humanitären Völkerrecht eher um einen Randbereich und sind vor allem in der Dritten Welt unter Umständen auch recht beträchtliche administrative Schwierigkeiten zu überwinden. Gerade deshalb könnte Ihrer Demarche aber in gewissen Fällen eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zukommen.

Für die Schritte, die Sie zugunsten der beiden Zusatzprotokolle unternehmen, sowie für Ihre Berichterstattung darüber, ganz allgemein über den Stand der Dinge und die Haltung Ihrer Gastländer in diesem Zusammenhang wissen wir Ihnen zum voraus besten Dank.

Direktion für internationale Organisationen



Muheim

Beilagen :

- Erklärung des Bundesrates zum zehnten Jahrestag der Verabschiedung der Zusatzprotokolle I und II zu den Genfer Abkommen (deutsche und französische Originalfassung mit englischer und spanischer Uebersetzung)
- Liste der Ratifikationen und Beitritte zu den Genfer Abkommen von 1949 und zu den Zusatzprotokollen von 1977

Erklärung des Bundesrates zum zehnten Jahrestag der Verabschiedung der Zusatzprotokolle I und II zu den Genfer Abkommen

Am 8. Juni 1977 hat die von der Schweiz in Genf einberufene Diplomatische Konferenz über die Neubestätigung und Weiterentwicklung des in bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Völkerrechts zwei Zusatzprotokolle zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 verabschiedet. Es handelt sich um das Protokoll I über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte und um das Protokoll II über den Schutz der Opfer nicht internationaler bewaffneter Konflikte.

Am zehnten Jahrestag dieses Ereignisses erinnert der Bundesrat an die fundamentale Bedeutung, die er der Respektierung des humanitären Völkerrechts in bewaffneten Konflikten beimisst.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben sich neue Arten von bewaffneten Auseinandersetzungen entwickelt, die den Rahmen der klassischen Konflikte zwischen Staaten sprengen. Zudem forderten diese Auseinandersetzungen eine zunehmende Zahl von Opfern unter der Zivilbevölkerung. Die Genfer Abkommen behielten angesichts dieser Entwicklung zwar ihre Gültigkeit, doch genügten sie den sich daraus ergebenden humanitären Forderungen nicht mehr. Die Zusatzprotokolle schlossen diese Lücke, indem sie verschiedene Regeln des humanitären Völkergewohnheitsrechtes kodifizierten und neue Normen einführten, die insbesondere einen besseren Schutz der Zivilbevölkerung bezwecken.

Die Schweiz ist Vertragspartei der Genfer Abkommen vom 12. August 1949 sowie der Zusatzprotokolle I und II. Seiner humanitären Politik folgend richtet der Bundesrat, der auch die Depositarfunktionen der Genfer Abkommen und der Zusatzprotokolle ausübt, einen Aufruf an alle Staaten, alle zur Verfügung stehenden Mittel auszuschöpfen, um die Respektierung des humanitären Völkerrechts zu gewährleisten. Er drückt zudem den Wunsch aus, dass möglichst viele Staaten die Zusatzprotokolle I und II ratifizieren, damit diese die gleiche universelle Bedeutung erlangen wie die Genfer Abkommen.

Bern, den 8. Juni 1987

Déclaration du Conseil fédéral à l'occasion
du Dixième anniversaire de l'adoption des
Protocoles additionnels I et II
aux Conventions de Genève

Le 8 juin 1977, la Conférence diplomatique sur la réaffirmation et le développement du droit international humanitaire applicable dans les conflits armés, que la Suisse avait convoquée à Genève, adoptait les Protocoles additionnels aux Conventions de Genève du 12 août 1949 relatifs à la protection des victimes des conflits armés internationaux (Protocole I) et à la protection des victimes des conflits armés non internationaux (Protocole II).

A l'occasion du dixième anniversaire de cet événement, le Conseil fédéral tient à rappeler l'importance fondamentale qu'il attache au respect du droit humanitaire dans les conflits armés.

Depuis la fin de la Deuxième guerre mondiale de nouvelles formes de conflits ont surgi dépassant largement le cadre des conflits classiques entre Etats. Ces conflits ont en outre causé un nombre croissant de victimes parmi la population civile. Les Conventions de Genève, tout en gardant leur entière validité, ne répondaient plus suffisamment aux exigences humanitaires d'une telle évolution. Les Protocoles additionnels ont comblé cette lacune en codifiant diverses règles du droit coutumier humanitaire et en introduisant de nouvelles normes qui visent notamment à améliorer la protection de la population civile.

La Suisse est partie aux Conventions de Genève du 12 août 1949 et à leurs Protocoles additionnels I et II. Conformément à sa politique humanitaire, le Conseil fédéral, qui assure les fonctions de dépositaire des Conventions de Genève et des Protocoles additionnels, lance un appel à tous les Etats afin qu'ils prennent toutes les mesures en leur pouvoir pour assurer le respect du droit humanitaire. Il souhaite que les Protocoles additionnels I et II soient ratifiés par le plus grand nombre possible d'Etats et acquièrent ainsi la même portée universelle que les Conventions de Genève.

Berne, le 8 juin 1987

non-official translation

Declaration of the Swiss Federal Council on the occasion
of the tenth anniversary of the adoption of the
Protocols I and II Additional to the Geneva Conventions

The Diplomatic Conference on the Reaffirmation and Development of International Humanitarian Law Applicable in Armed Conflicts, convened by Switzerland at Geneva, adopted on June 8th, 1977, two Protocols Additional to the Geneva Conventions of August 12th, 1949. Protocol I deals with the protection of victims of international armed conflicts and Protocol II with the protection of victims of non-international armed conflicts.

On the occasion of the tenth anniversary of this event the Swiss Federal Council recalls the fundamental importance he attaches to the respect for international humanitarian law in armed conflicts.

Since the end of the Second World War new types of armed conflicts have emerged going far beyond the scope of conventional disputes between States. Moreover these new struggles claimed a growing number of victims among the civilian population. Although the Geneva Conventions have maintained their full validity they did not sufficiently meet anymore the humanitarian challenges of this evolution. The Additional Protocols closed this gap by codifying a number of rules of humanitarian customary law and by introducing new rules aiming particularly at a better protection of the civilian population.

- 2 -

Switzerland is a party to the Geneva Conventions of August 12th, 1949, as well as to their Additional Protocols. Following his traditional humanitarian policy the Swiss Federal Council, who is also the depositary of the Geneva Conventions and of the Additional Protocols, calls upon all States to use their influence to ensure the respect for humanitarian law. He expresses the hope that the largest possible number of States adhere to or ratify the Additional Protocols I and II in order to grant them the same universal acceptance gained by the Geneva Conventions.

Berne, 8th June, 1987

Traduction non officielle

Declaración del Consejo Federal Suizo con
ocasión del décimo aniversario de la
adopción de los Protocolos adicionales
I y II a los Convenios de Ginebra

El 8 de junio de 1977, la Conferencia diplomática sobre la reafirmación y el desarrollo del derecho internacional humanitario aplicable en los conflictos armados, la cual había sido convocada en Ginebra por Suiza, adoptó los Protocolos adicionales a los Convenios de Ginebra del 12 de agosto de 1949 relativos a la protección de las víctimas de los conflictos armados internacionales (Protocolo I) y a la protección de las víctimas de los conflictos armados sin carácter internacional (Protocolo II).

Con ocasión del décimo aniversario de este evento, el Consejo Federal Suizo quiere reiterar la importancia fundamental que da al respeto del derecho humanitario en los conflictos armados.

Desde el fin de la Segunda Guerra Mundial han surgido nuevas formas de conflictos sobrepasando ampliamente el marco de los conflictos clásicos entre Estados. Esos conflictos han además causado un número creciente de víctimas dentro de la población civil. Los Convenios de Ginebra, sin perder en absoluto su validez, no correspondían suficientemente a las exigencias humanitarias de tal evolución. Los Protocolos adicionales han colmado este vacío codificando diversas reglas del derecho consuetudinario humanitario e introduciendo nuevas normas en vista particularmente a mejorar la protección de la población civil.

Suiza es parte en los Convenios de Ginebra del 12 de agosto de 1949 y en sus Protocolos adicionales I y II. De conformidad con su política humanitaria, el Consejo Federal Suizo, quien asegura las funciones de depositario de los Convenios de Ginebra et de los Protocolos adicionales, hace un llamado a todos los Estados con el fin de que tomen todas las medidas en su poder para afianzar el respeto del derecho humanitario. Es su deseo que los Protocolos adicionales I y II sean ratificados por el mas grande número posible de Estados y que adquieran asi el mismo alcance universal que los Convenios de Ginebra.

Berna, el 8 de junio de 1987

Liste des Etats liés par les quatre Conventions de Genève
pour la protection des victimes de la guerre du 12 août 1949

	Ratification (R) Adhésion (A) Succession (S)	Entrée en vigueur
Afghanistan	26.09.1956 R	26.03.1957
Afrique du Sud	31.02.1952 A	30.09.1952
Albanie 1)	27.05.1957 R	21.11.1957
Algérie	20.06.1960 A	20.12.1960
République Démocratique Allemande 1)	30.11.1956 A	30.05.1957
République Fédérale d'Allemagne 1)	03.09.1954 A	03.03.1955
Antigua-et-Barbuda	06.10.1986 S	01.11.1981
Arabie Saoudite	18.05.1963 A	28.22.1963
Argentine	18.09.1956 R	18.03.1957
Australie	14.10.1958 R	14.04.1959
Autriche 1)	27.09.1953 R	27.02.1954
Angola 1)	20.09.1984 A	20.03.1985
Bahamas	11.07.1975 S	10.07.1973
Bahreïn	30.11.1971 A	30.05.1972
Bangladesh	04.04.1972 S	26.03.1971
Barbade	10.09.1968 S	30.11.1966
Belgique	03.09.1952 R	03.03.1953
Bénin	14.12.1961 S	01.08.1960
Biélorussie 1)	03.08.1954 R	03.02.1955
Bolivie	10.12.1976 R	10.06.1977
Botswana	29.03.1968 A	29.09.1968
Brésil	29.06.1957 R	29.12.1957
Bulgarie 1)	22.07.1954 R	22.01.1955
Burundi	27.12.1971 S	01.07.1962
Belize	29.06.1984 A	29.12.1984
Cameroun	16.09.1963 S	01.01.1960
Canada	14.05.1965 R	14.11.1965
République Centrafricaine	01.08.1966 S	13.08.1960
Chili	12.10.1950 R	12.04.1951
République Populaire de Chine 1)	28.12.1956 R	28.06.1957
Chypre	23.05.1962 A	23.11.1962
Colombie	08.11.1961 R	08.05.1962
République Populaire du Congo 1)	30.01.1967 S	15.08.1960
République de Corée 1)	16.08.1966 A	23.09.1966
République Populaire Démocratique de Corée 1)	27.08.1957 A	27.02.1958
Costa Rica	15.10.1969 A	15.04.1970
Côte d'Ivoire	28.12.1961 S	07.08.1960

1) Réserves et déclarations

	Ratification (R)		Entrée en vigueur
	Adhésion (A)		
	Succession (S)		

Cuba	15.04.1954 R		15.10.1954
Cap Vert	15.06.1984 A		15.12.1984
Comores	21.11.1985 A		21.05.1986
Danemark	27.06.1951 R		27.12.1951
Dominique	28.09.1981 S		03.11.1978
République Dominicaine	22.01.1958 A		22.07.1958
Djibouti - Convention I	26.01.1978 S		27.06.1977
Conventions II-IV	06.03.1978 S		27.06.1977
Egypte	10.11.1952 R		10.05.1953
El Salvador	17.06.1953 R		17.12.1953
Emirats Arabes Unis	10.05.1972 A		10.11.1972
Equateur	11.08.1954 R		11.02.1955
Espagne	04.08.1952 R		04.02.1953
Etats-Unis d'Amérique 1)	02.08.1955 R		02.02.1956
Ethiopie	02.10.1969 R		02.04.1970
Fidji	09.08.1971 S		10.10.1970
Finlande	22.02.1955 R		22.08.1955
France	28.06.1951 R		28.12.1951
Gabon	20.01.1965 S		17.08.1960
Gambie	11.10.1966 S		18.02.1965
Ghana	02.08.1958 A		02.02.1959
Grande-Bretagne	23.09.1957 R		23.03.1958
Grèce	05.06.1956 R		05.12.1956
Grenade	13.04.1981 S		07.02.1974
Guatemala 1)	14.05.1952 R		14.11.1952
Guinée-Bissau 1)	24.07.1986 A		24.01.1987
Guyane	22.07.1968 S		26.05.1966
Guinée	11.07.1984 A		11.01.1985
Haïti	11.04.1957 A		11.10.1957
Haute-Volta	07.11.1961 S		05.08.1960
Honduras 1)	31.12.1965 A		30.06.1966
Hongrie 1)	03.08.1954 R		03.02.1955
Inde	09.11.1950 R		09.05.1951
Indonésie	30.09.1958 A		30.03.1959
Irak	14.02.1956 A		14.08.1956
Iran	20.02.1957 R		20.08.1957
Irlande	27.09.1962 R		27.03.1963
Islande	10.08.1965 A		10.02.1966

	Ratification (R) Adhésion (A) Succession (S)	Entrée en vigueur
Israël ¹⁾	06.07.1951 R	06.01.1952
Italie	17.12.1951 R	17.06.1952
Jamaïque	17.07.1964 S	06.08.1962
Japon	21.04.1953 A	21.10.1953
Jordanie	29.05.1951 A	29.11.1951
Kampuchea Démocratique	08.12.1958 A	08.06.1959
Kenya	20.09.1966 A	20.03.1967
Koweït	02.09.1967 A	02.03.1968
Laos	29.10.1956 A	29.04.1957
Lesotho	20.05.1968 S	04.10.1966
Liban	10.03.1951 R	10.10.1951
Libéria	29.03.1954 A	29.09.1954
Libye	22.05.1956 A	22.11.1956
Liechtenstein	21.09.1950 R	21.03.1951
Luxembourg	01.07.1953 R	01.01.1954
Madagascar	13.07.1963 S	26.06.1960
Malaisie	24.08.1962 A	24.02.1963
Malawi	05.01.1968 A	05.07.1958
Mali	24.05.1965 A	24.11.1965
Malte	22.08.1968 S	21.09.1964
Maroc	26.07.1956 A	26.12.1957
Maurice	18.08.1970 S	12.03.1968
Mauritanie	27.10.1962 S	28.11.1960
Mexique	29.10.1952 R	29.04.1953
Monaco	05.07.1950 R	05.01.1951
Mongolie	20.12.1958 A	20.06.1959
Mozambique	14.03.1983 A	14.09.1983
Népal	07.02.1964 A	07.08.1964
Nicaragua	17.12.1953 R	17.06.1954
Niger	16.04.1964 S	03.08.1960
Nigéria	09.06.1961 S	01.10.1960
Norvège	03.08.1951 R	03.02.1952
Nouvelle-Zélande	02.05.1959 R	02.11.1959
Oman	31.01.1974 A	31.07.1974
Ouganda	18.05.1964 A	18.11.1964
Pakistan ¹⁾	12.06.1951 R	12.12.1951

	Ratification (R) Adhésion (A) Succession (S)	Entrée en vigueur
Panama	10.02.1956 A	10.08.1956
Papouasie-Nouvelle-Guinée	26.05.1976 S	16.09.1975
Paraguay	23.10.1961 R	23.04.1962
Pays-Bas *	03.08.1954 R	03.02.1955
Pérou	15.02.1956 R	15.08.1956
Philippines - Convention I	07.03.1951 R	07.09.1951
Conventions II-IV	06.10.1952 R	06.04.1953
Pologne 1)	26.11.1954 R	26.05.1955
Portugal 1)	14.03.1961 R	14.09.1961
Quatar	15.10.1975 A	15.04.1976
Roumanie 1)	01.06.1954 R	01.12.1954
Rwanda	21.03.1964 S	01.07.1962
Samoa	23.08.1984 S	01.01.1962
Saint-Christophe-et-Nevis	14.02.1986 S	19.09.1983
Sainte-Lucie	18.09.1981 S	22.02.1979
Saint-Marin	29.08.1953 A	28.02.1954
Saint-Siège	22.02.1951 R	22.08.1951
Saint-Vincent-et-Grenadines	01.04.1981 A	01.10.1981
Iles Salomon	06.07.1981 S	07.07.1978
Sao Tomé-et-Principe	21.05.1976 A	21.11.1976
Sénégal	23.04.1963 S	20.06.1960
Sierra Leone	31.05.1965 S	27.04.1961
Singapour	27.04.1973 A	27.10.1973
Somalie	12.07.1962 A	12.01.1963
Soudan	23.09.1957 A	23.03.1958
Sri Lanka - Conventions I-III	28.02.1959 R	28.08.1959
Convention IV	23.02.1959 A	23.08.1959
Suède	28.12.1953 R	28.06.1954
Suisse	31.03.1950 R	21.10.1950
Suriname 1)	13.10.1976 S	25.11.1975
Swaziland	28.06.1973 A	28.12.1973
Syrie	02.11.1953 R	02.05.1954
Seychelles (Les)	08.11.1984 A	08.05.1985
Tanzanie	12.12.1962 S	09.12.1961
Tchad	05.08.1970 A	05.02.1971
Tchécoslovaquie 1)	19.12.1950 R	19.06.1951
Thaïlande	29.12.1954 A	29.06.1955
Togo	06.01.1962 S	27.04.1960

* = Extension à Aruba à partir du 1.01.1986

	Ratification (R) Adhésion (A) Succession (S)	Entrée en vigueur
Tonga	13.04.1978 S	04.06.1970
Trinité et Tobago		
- Convention I	17.05.1963 A	17.11.1963
Conventions II-IV	24.09.1963 A	24.03.1964
Tunisie	04.05.1957 A	04.11.1957
Turquie	10.02.1954 R	10.08.1954
Tuvalu	19.02.1981 S	01.10.1978
Ukraine 1)	03.08.1954 R	03.02.1955
Union Soviétique 1)	10.05.1954 R	10.11.1954
Uruguay 1)	05.03.1969 R	05.09.1969
République Démocratique Populaire du Yémen	25.05.1977 A	25.11.1977
République Arabe du Yémen	16.07.1970 A	16.01.1971
Yougoslavie 1)	21.04.1950 R	21.10.1950
Zaïre	20.02.1961 S	30.06.1960
Zambie	19.10.1966 A	19.04.1967
Zimbabwe	07.03.1983 A	07.09.1983
Namibie (Conseil des Nations Unies pour la)	18.10.1983 A	18.04.1984

Liste des Etats parties aux

Protocole additionnel aux Conventions de Genève du 12 août 1949 relatif à la protection des victimes des conflits armés internationaux (Protocole I)

Protocole additionnel aux Conventions de Genève du 12 août 1949 relatif à la protection des victimes des conflits armés non internationaux (Protocole II)

adoptés à Genève le 8 juin 1977
entrés en vigueur le 7 décembre 1978

<u>Etats Parties</u>	<u>Ratification Adhésion (A)</u>	<u>Entrée en vigueur</u>
Angola ¹⁾ (Protocole I)	20.09.1984 A	20.03.1985
Antigua-et-Barbuda	05.10.1986 A	06.04.1987
Argentine ¹⁾	26.11.1986 A	26.05.1987
Autriche ¹⁾	13.08.1982	13.02.1983
Bangladesh	08.09.1980 A	08.03.1981
Bahamas	10.04.1980 A	10.10.1980
Bahreïn	30.10.1986 A	30.04.1987
Belgique ¹⁾	20.05.1986	20.11.1986
Belize	29.06.1984 A	29.12.1984
Bénin	28.05.1986 A	28.11.1986
Bolivie	08.12.1983 A	08.06.1984
Botswana	23.05.1979 A	23.11.1979
Chine ¹⁾	14.09.1983 A	14.03.1984

¹⁾ Réserves et Déclarations

- 2 -

Chypre (Protocole I)	01.06.1979	01.12.1979
Comores	21.11.1985 A	21.05.1986
Congo	10.11.1983 A	10.05.1984
Corée, République de ¹⁾	15.01.1982	15.07.1982
Costa Rica	15.12.1983 A	15.06.1984
Cuba (Protocole I)	25.11.1982 A	25.05.1983
Cameroun	16.03.1984 A	16.09.1984
Danemark ¹⁾	17.06.1982	17.12.1982
El Salvador	23.11.1978	23.05.1979
Emirats arabes unies ¹⁾	09.03.1983 A	09.09.1983
Equateur	10.04.1979	10.10.1979
Finlande ¹⁾	07.08.1980	07.02.1981
France (Protocole II)	24.02.1984 A	24.08.1984
Gabon	08.04.1980 A	08.10.1980
Ghana	28.02.1978	07.12.1978
Guinée	11.07.1984 A	11.01.1985
Guinée-Bissau	21.10.1986 A	21.04.1987
Guinée équatoriale	24.07.1986 A	24.01.1987
Italie ¹⁾	27.02.1986	27.08.1986
Islande ¹⁾	10.04.1987	10.10.1987
Jamahiriya arabe libyenne populaire socialiste	07.06.1978 A	07.12.1978
Jamaïque	29.07.1986 A	29.01.1987
Jordanie	01.05.1979	01.11.1979

¹⁾ Réserves et Déclarations

- 3 -

Koweït	17.01.1985 A	17.07.1985
Laos	18.11.1980	18.05.1981
Maurice	22.03.1982 A	22.09.1982
Mauritanie	14.03.1980 A	14.09.1980
Mexique (Protocole I)	10.03.1983 A	10.09.1983
Mozambique (Protocole I)	14.03.1983 A	14.09.1983
Niger	08.06.1979	08.12.1979
Norvège ¹⁾	14.12.1981	14.06.1982
Oman ¹⁾	29.03.1984 A	29.09.1984
Philippines (Protocole II)	11.12.1986 A	11.06.1987
République Centrafricaine	17.07.1984 A	17.01.1985
Rwanda	19.11.1984 A	19.05.1985
Saint-Christophe-et-Nevis	14.02.1986 A	14.08.1986
Sainte-Lucie	07.10.1982 A	07.04.1983
Saint-Siège ¹⁾	21.11.1985	21.05.1986
Saint-Vincent-et-Grenadines	08.04.1983 A	08.10.1983
Samoa	23.08.1984 A	23.02.1985
Sénégal	07.05.1985	07.11.1985
Seychelles	08.11.1984	08.05.1985
Sierra Leone	21.10.1986 A	21.04.1987
Suède ¹⁾	31.08.1979	29.02.1980

¹⁾ Réserves et Déclarations

- 4 -

Suisse ¹⁾	17.02.1982	17.08.1982
Suriname	16.12.1985 A	16.06.1986
Syrie ¹⁾ (Protocole I)	14.11.1983 A	14.05.1984
Tanzanie	15.02.1983 A	15.08.1983
Togo	21.06.1984	21.12.1984
Tunisie	09.08.1979	09.02.1980
Uruguay	13.12.1985 A	13.06.1986
Vanuatu	28.02.1985 A	28.08.1985
Vietnam (Protocole I)	19.10.1981	19.04.1982
Yougoslavie ¹⁾	11.06.1979	11.12.1979
Zaïre (Protocole I)	03.06.1982 A	03.12.1982
Namibie (Conseil des Nations Unies pour la)	18.10.1983 A	18.04.1984

1) Réserves et Déclarations